

Berliner Tageblatt

Nr. 336

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin, Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin

Gespannte Erwartung in Paris.

Französische Hoffnung auf englisches Entgegenkommen.

Der angeblich mildere Standpunkt Baldwin gegenüber Curzon. Ein neuer französischer Reparationsvorschlag. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 19. Juli.

Die Meldung, daß die für Mittwoch angekündigte Beratung des englischen Kabinetts um vierundzwanzig Stunden verschoben worden ist, wird in Paris als ein günstiges Zeichen aufgefaßt, und obgleich überall zugegeben wird, daß niemand etwas zuverlässiges über die Unterhaltung der britischen Minister weiß, besteht doch die Überzeugung, daß der von Lord Curzon ausgearbeitete Entwurf dem Premierminister Baldwin als zu scharf erachtet und deshalb vorläufig werde umgearbeitet werden müssen. Der „Petit Parisien“ erklärt, daß die englischen Vorschläge das Bemühen der britischen Regierung um eine Verständigung mit Frankreich sehr deutlich zeigen. Weniger optimistisch ist das „Echo de Paris“, dessen Mitarbeiter Pertinax sich noch immer in London aufhält. In dieser Zeitung wird daran erinnert, daß Baldwin in seiner Erklärung zwei für Frankreich unangenehme Bemerkungen gemacht habe, die ihn in seiner Bewegungsfreiheit etwas beschränken könnten. Der britische Premierminister habe gegen die Geheimschweigheit der Ruhrbesetzung protestiert und damit die Auslegung der Reparationskommission bekräftigt und er habe die Aktion Frankreichs und Belgiens „als schwer zu rechtfertigende in der Zeit einer Krise und als vollkommen unzulässig in Friedenszeit“ bezeichnet. Diese beiden Behauptungen nennt Pertinax „stark übertrieben“. Baldwin selbst wird „gebüßig, müde, ehrenhaft und opferwillig“ genannt, aber seine politische Erfahrung wird angezweifelt. Baldwin schone Lord Curzon, vor dessen großer Begabung und glänzender Laufbahn er Respekt habe und dem er überdies Rücksicht schuldig sei, weil Lord Curzon sich trotz seiner Haltung zum Eintritt in das Kabinett weiter bereitwillig habe. Lord Curzon habe über die Reparationsfrage keine starken Ideen. Er betrachte die Ereignisse aber etwa so sehr vom Gesichtspunkte des Prestiges. Seine Absicht sei, den „großen Vermittler“ zu spielen. Häufig wiederholte der Außenminister, daß er es sich zutraue, die Einstellung des passiven Widerstandes in Berlin durchzuführen, daß er aber ein solches Verlangen nicht stellen könne, ohne auch dem Deutschen etwas zu bieten. „Das ist für mich eine Gewissensfrage“. Diese letzten Worte nennt Pertinax ein „furchtbares Eingeständnis“. Ist es wirklich so furchtbar, wenn ein Staatsmann gewissenhaft ist? Das Eingeständnis, das in der Kritik Pertinax liegt, wird den meisten andern Leuten viel schlimmer erscheinen. Auch von Baldwin wird eine „beunruhigende Äußerung“ berichtet. Er habe gesagt: Die Ruhrfrage habe die Zahlungsfähigkeit Deutschlands so weit geschwächt, daß die englischen Forderungen stark gefährdet seien. Es werde also kaum möglich sein, die geplante Herabsetzung der französischen Kriegsschulden durchzuführen, wenn die jetzige Lage noch weiter andauere.

Die neueste Version über französische „Zugeständnisse“ steht heute früh im „Matin“. Sie ist trotz der Wichtigkeit, die ihr durch die äußere Aufmerksamkeit beigelegt werden soll, im Grunde genommen eine Aufwärmung alter Gedanken Poincarés. Die deutschen Kriegsschulden sollen vorläufig noch nicht festgelegt werden, sondern erst in zehn bis fünfzehn Jahren. Für den Augenblick soll nur die Summe für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bezahlt werden, im ganzen etwa 35—40 Milliarden für Frankreich, Belgien, Italien, Südfrankreich und Rumänien. Nachdem diese Summe in zehn bis fünfzehn Jahren bezahlt sei, könnte dann die finanzielle Lage der verschiedenen Mächte bestimmt und „endgültig“ ausgerechnet werden, was Deutschland noch weiter zu zahlen hat. Das von England gewünschte Sachverständigenkomitee solle einberufen werden, aber nicht, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen, sondern um die Zahlungsmodalitäten auszuarbeiten. Die Alliierten müßten bei diesem Kommen gemeinsam die Aufgabe des passiven Widerstandes verlangen und eine wirksame Heberhebung der fünfzig Millionen Deutschlands beschließen. Wenn diese allgemeinen Gesichtspunkte in London berücksichtigt würden, dann sei „nach gründlichen Beratungen über die Einzelheiten die Entente nicht ausgeschlossen“. Dergleichen Äußerungen nennt der „Matin“ „Zugeständnisse“. Es ist nicht anzunehmen, daß die Regierung Frankreichs diese lächerlichen Illusionen teilt. Zu gleicher Zeit wird im „Matin“ wieder eine Begegnung Baldwin's mit Poincaré in Aussicht gestellt.

Es ist unwahrscheinlich, daß über diese Fragen offizielle Erörterungen stattgefunden haben. Nach französischer Auffassung hat eine Äußerung nur dann einen Sinn, wenn die Verhandlungen der beiden Staatsräuber gesichert ist, und diese Aussicht wird hier trotz aller optimistischen Presseäußerungen noch für sehr gering gehalten.

Direkte Meldungen über die Unterhaltung Beneš's Brüssel sind bisher nicht in die Öffentlichkeit gelangt. Der Brüssler Korrespondent des „Petit Parisien“ hat Beneš befragt. Der Minister erklärte, daß er „Vertrauen“ habe und das die Gefahr für die Entente vorüber sei. Man werde sich verständigen, wenn nicht jetzt, dann etwas später. Viele ganz überflüssige Differenzen sind bereits ausgeglichen, andere Meinungsverschiedenheiten beruhen auf „Missverständnissen“, sie müßten noch beseitigt werden. Die beiden wichtigsten Streitfragen betreffen die internationale Kommission und die Ruhrbesetzung. Beneš halte es nicht für ausgeschlossen, daß Frankreich und England sich auch über diese beiden Punkte ins Ein-

vernehmen setzen würden und glaube, daß die belgischen Staatsmänner bei der Beilegung der Gegenfrage eine wichtige Rolle hätten. Beneš reist nicht noch einmal nach London, wie vor einigen Tagen zu lesen war, sondern er fährt heute von Brüssel direkt nach Paris.

Paris, 19. Juli. (M. I. B.)

Die „Chicago Tribune“ von autoritativer Seite erfahren haben will, sei das Hauptzugeständnis, welches Poincaré bei seiner letzten Unterredung mit Baldwin von diesem erreicht habe, daß Frankreich den internationalen Sachverständigenausschuß anerkennen werde, wenn der Antwortentwurf Baldwin's eine geeignete Formel finde. Frankreich sei bereit, auch dann seine Zustimmung zu geben, wenn dem Komitee amerikanische und neutrale Sachverständige angehören.

Keine Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett.

Die heutige Entscheidung in London.

(Telegramme.)

London, 19. Juli. (M. I. B.)

Reuter erfährt, daß der Entwurf der britischen Antwort auf das deutsche Angebot fertiggestellt ist und heute vom Kabinett erwogen werden wird. Man glaubt nicht, daß mehr als eine Sitzung für die volle Erörterung der Antwort notwendig sein wird, und hofft, daß der Entwurf zusammen mit der Mantelnote an die Alliierten und die Vereinigten Staaten gesandt werden kann.

Die „Times“ schreiben: Die Dokumente, welche heute vom Kabinett erörtert werden sollen, schließen ein: den Entwurf der Antwort auf die letzte deutsche Note, einen Mantelbrief und eine erklärende Denkschrift zu verschiedenen Punkten. Das Blatt meint weiter, daß die Vorschläge, welche in dem Antwortentwurf enthalten seien, nicht derart seien, daß man mit einer Ablehnung nicht irgendeiner Seite zu rechnen brauche. Selbstverständlich werden in den britischen Vorschlägen kein Versuch gemacht werden, die Bestimmungen des Versailler Vertrages in irgendeiner Beziehung oder auf irgendeine Art und Weise zu umgehen oder zu erleichtern. Im Gegenteil werde Nachdruck auf die genaue Auslegung des Vertrages und die Notwendigkeit einer heftigen Aktion auf seiner Grundlage gelegt. Schließlich lagen die „Times“, daß die Ausschüßten für weitere Verhandlungen zwischen den Alliierten entschieden günstig seien, als „Westminster Gazette“ bezeichnet eine Meldung, wonach Meinungsverschiedenheiten im Kabinett die Verzögerung in der Fertigstellung des Entwurfs verursacht hätten, als unzutreffend. Es gebe vielmehr Meinungsverschiedenheiten über die genaue Form der Antwort und die genauen Einzelheiten der Mantelnote, aber über die Notwendigkeit der Regelung der Reparationsfrage und der Ruhrfrage stimmten die Ansichten überein. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, der Ausschub der Kabinettsberatung sei erfolgt, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich schon vor der Kabinettsitzung ein Urteil über die beiden Schriftstücke zu bilden, und um es zu ermöglichen, die von den Sachverständigen ausgearbeiteten finanziellen und wirtschaftlichen Erörterungen in die Mantelnote aufzunehmen. Diese Arbeiten hätten dazu geführt, daß die Grundsätze und Daten des britischen Januarplanes über die besten Methoden der Stabilisierung der Mark und die Wiederherstellung der deutschen Währung offenbar bestätigt worden seien. Es werde hierbei die Ansicht vertreten, daß hinsichtlich der Einnahmeverweigerung, aus denen die künftigen Reparationen entnommen würden, die Zusammenarbeit der deutschen Regierung und deutscher Sachverständiger mit den Alliierten eine unentbehrliche Bedingung sei. Zur Frage der alliierten Schulden bemerkt der diplomatische Berichterstatter, es erscheine nicht zweckmäßig, ein genaues britisches Angebot zu machen, bevor Deutschlands Zahlungsfähigkeit objektiv geprüft sei; denn es werde in weiten Kreisen gefürchtet, daß diese Zahlungsfähigkeit sich infolge der Ruhrbesetzung nicht mehr auf der Höhe der Januarplan-Schätzungen bewege. Der Berichterstatter schließt: „Sollten die Anstrengungen Englands im Sinne einer interalliierten Vereinbarung fehlschlagen, dann würde unbedingt die Intervention des Völkerbundes und des Welgerichtshofes angerufen werden. Dies würde die Rückkehr zur traditionellen britischen Politik des Fernbleibens von kontinentalen Verwicklungen bedeuten.“

Im Unterhaus erklärte der Präsident des Handelsamts, Lloyd George, es sei unmöglich, eine wirklich optimistische Voraussage über die Entwicklung des Handels zu machen, bevor es wahrscheinlich sei, daß in der Welt stabile Verhältnisse eintreten. Es sei nicht anzunehmen, daß im nächsten halben Jahre die Lage die gleiche sein werde wie jetzt. Die Fabrikanten, Kaufleute, Bankiers sagten, daß keine Befestlungen gemacht würden. Der Grund sei die allgemeine Ungewißheit, die dadurch verursacht werde, daß es noch nicht gelungen sei, geordnete Zustände in der Welt zu schaffen.

London, 19. Juli. (E. P.)

Die einzige diplomatische Botsprechung, die am gestrigen Mittwoch stattfand, war eine Unterredung zwischen Lord Curzon und dem deutschen Votschaffer Dr. Schamer. Auch über diese Unterredung wird das strengste Stillschweigen bewahrt. Gerüchweise verlautet, daß Lord Curzon den deutschen Votschaffer über die Art und Weise befragt habe, wie die deutsche Regierung dem passiven Widerstand abhelfen könnte.

Die rheinischen Separatisten.

Smets bei Tirard. — Vereitelte Hoffnung der Sonderbündler auf den 14. Juli. — Innere Schwierigkeiten.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Alfred Krüger.

Kr. Köln, Mitte Juli. 77

Während der rührige Dorte ein wieder einmal in Paris weit und den gläubigen Lesern der Boulevardpresse das Märchen von geheimnisvollen deutschen Kriegsrätseln in Ost- und Westpreußen aufleuchtet, ist der wiedererlebene Josef Smets von dem französischen Oberkommissar Tirard in Koblenz empfangen worden. Er hat bei Tirard eine sehr herzliche Aufnahme gefunden, der dem Führer der Sonderbündler erneut seine Unterstützung zugesichert hat. Durch diesen offiziellen Besuch kommt die enge Interessengemeinschaft zwischen den französischen Machthabern und den separatistischen Elementen unverhüllt zum Ausdruck, die noch vor kurzer Zeit anlässlich der peinlichen Veröffentlichungen im „Observer“ von der Partier Presse mit Entrüstung abgelehnt wurde. Durch die Sympathiebeweise des französischen Oberkommissars angepornt, veröffentlicht Smets in der letzten Nummer seiner „Rheinischen Republik“ einen Artikel, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und in dem er die Stunde für die Proklamierung der rheinischen Republik für gekommen hält. Er schreibt unter anderem: „Es geht um ein Ganzes. Wir dürfen nicht mehr zögern! Unser Recht auf Selbständigkeit ist durch den Versailler Friedensvertrag von allen Signatarmächten anerkannt, wir brauchen dieses Recht nur mit Nachdruck zu beanspruchen, und alles Komrommissien, aus dem wir eine volle Zufriedenheit entstehen kann, hat ein Ende. An Frankreich, das ja den Vereinigten Staaten bei ihrer Freiheitskämpfung sehr behilflich war, können wir einen schätzenswerten Bundesgenossen finden, weil wir ihm durch unsere Freiheit die notwendige Abwühlungsmöglichkeit, Sicherheit und damit neues Erblassen geben.“

Diese schwülstigen und verlogenen Tiraden, die auf den Nationalfeiertag der Franzosen eingestellt waren, den gewissenlose Gerächtmacher als Kern für die Verfindung der rheinischen Republik bezeichnet, machen hier keinerlei Eindruck mehr. Die Hoffnungen der Sonderbündler auf eine politische Rückgebung der Franzosen im festlichen Köln des 14. Juli zugunsten der rheinischen Republik sind völlig enttäuscht worden, der große Feiertag der Franzosen ist ohne jede Sensation vorübergegangen. Man sah die üblichen Paraden. Am Abend waren die von den Franzosen besetzten Bahnhöfe und Katernen festlich illuminiert. Fadelzettel, an denen sich auch die Siamen beteiligten, tauchten durch die sommerlichen Straßen. Aber kein Funken von Enthusiasmus sprang auf das Publikum über, das bis ganz nahe Festplatzes hinunter und mit kalter Ironie betrachtete. Am Tage hatten französische Flugzeugenmacher bis tief in das Ruhrgebiet die Bevölkerung mit Millionen von Flugblättern bombardiert, in denen der 14. Juli als Tag der Völkerberühmung gepriesen wurde. Wie diese Völkerberühmung ausfiel, spürten Laufende von milden Menschen, die bei tropischer Hitze stundenlang auf den staubigen Landstraßen wandern mußten, weil die Franzosen selbst den Straßenbahnverkehr lahmgelegt haben. Heute werden die Passagiere auf den wenigen noch existierenden Straßenbahnen, die den Fernverkehr vermitteln, auf das peinlichste unterlicht, Aktenstapel nach verbotenen Zeitungen durchstrahlt und Arbeiter, die ein paar Dugend Briten mit schleppen, ihre Koffenläde rüchlichstlos abgenommen.

Schlimmer noch als diese mehr physischen Qualereien sind die physischen Drangalierungen, die eine Steigerung erfahren haben, von der sich die Bevölkerung im unbesetzten Deutschland kaum eine Vorstellung machen kann. Das brutale Schikanemittel bleibt die Verkehrsperre, die inzwischen, wie bereits gemeldet, ohne jede Angabe von Gründen um zehn Tage verlängert worden ist. Hunderttausende von Angehörigen hält der völkerrücksichtswidrige Bittspruch der Interalliierten Kommission heute voneinander getrennt. Erschütternde Szenen spielen sich auf den Bureaus ab, in denen Tausende mit verzweifeltem Gesichtern stundenlang, oft tagelang, vergeblich auf die Ausbändigung eines Geleitscheines warten. Von Tag zu Tag wird diese Schikanemethode raffiniert und unerbittlicher. In einer Großstadt wie Duisburg muß schon seit zwei Wochen jeder Einwohner nach acht Uhr von der Straße verschwinden, und wer sich am Fenster zeigt, läuft Gefahr, ohne weiteres von den Patrouillen niedergeschossen zu werden. Eine Stadt wie Düsseldorf, die mehr als 600 000 Einwohner zählt, ist ohne jede Zeitung. Die französische Regierung gibt sich einer gefährlichen Illusion hin, wenn sie glaubt, die Bevölkerung dieser brutalen Druckmittel würde zu machen und den Boden für die Errichtung einer rheinischen Republik vorzubereiten. Mit solchen Kleinigkeiten und unwürdigen Mitteln schaden sich die französischen Machthaber selbst am meisten. Die Schikanen der Einbruchsmächte haben im Rheinland bisher nur die eine Wirkung erzielt, daß die Haltung der Bevölkerung gegen die Interdix im Nachen begriffen ist. Auch neutrale Beobachter und englische Journalisten haben dieses Stimmungssymptom konstatiert.

Unter diesen Umständen muß ein Mann wie Smets, der die französisch-belgischen Repressalien zu rechtfertigen sucht und die Ausweidungen der Eisenbahnen als „gerecht und billig“ bezeichnet, die letzten Sympathien einbüßt. In der stärksten Gruppe der Separatisten, der Rheinischen republikanischen Partei, scheint es trotz der siegesgesicherten Weiterungen ihres Führers Smets bedenklich zu kri-